

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
28.09.2023
Ausschussbetreuender Fachbereich
Gremien
Schriftführung
Corinna Boeser
Telefon-Nr.
02202-142952

Niederschrift

Hauptausschuss
Sitzung am Mittwoch, 30.08.2023

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 18:43 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Hauptausschusses aus der Sitzung am 15.06.2023 - öffentlicher Teil**
0433/2023
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Klimaschutzkonzept mit Handlungsfeld Klimaanpassung**
0319/2023
- 6 Sachstand zur Erarbeitung des Hitzeaktionsplanes für Bergisch Gladbach**
0371/2023
- 7 Mitgliedschaften der Stadt Bergisch Gladbach: Begründung von Mitgliedschaften**

der Stadt Bergisch Gladbach in der Bundes- und in der Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros

0342/2023

8 Anträge der Fraktionen

8.1 Antrag der AfD-Fraktion vom 22.06.2023 (eingegangen am 27.06.2023): "Keine Nutzung von Insekten als Nahrungsmittel an Schulen, Kitas und Städtischen Einrichtungen"

0374/2023

9 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Stein eröffnet um 17:00 Uhr die 16. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der zehnten Wahlperiode und stellt fest, dass der Hauptausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen worden und beschlussfähig sei.

Für die heutige Sitzung hätten sich Herr Buchen (CDU-Fraktion), Frau Bacmeister (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Herr Schmidt (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) entschuldigt, welche durch Herrn Wagner (CDU-Fraktion), Frau Rickes (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Herrn Kirch (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vertreten würden. Frau Wasmuth (FDP-Fraktion) nimmt für den unbesetzten Ausschusssitz der FDP-Fraktion teil. Herr Kirch (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) nimmt ab 17:06 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö5) und Frau Bischoff (CDU-Fraktion) nimmt ab 17:08 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö5) teil.

Vonseiten der Verwaltung hätte sich Herr Sprenger (Fachbereichsleitung 1) entschuldigt, welcher durch Herrn Kolter (Fachbereich 1-12) vertreten werde.

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Herr Stein,

die Einladung vom 09.08.2023 mit der Anlage zur Tagesordnung und den dazugehörigen Vorlagen sowie

eine Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen der vorbereitenden Ausschüsse als Tischvorlage.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Stein stellt fest, ihm lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen würden ebenfalls nicht erhoben.

Damit gelte die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 15.06.2023 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Hauptausschusses aus der Sitzung am 15.06.2023 - öffentlicher Teil 0433/2023

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zum Stand der kommunalen Wärmeplanung (VV III-3, Frau Latschan und Frau Behrendt)

Herr Stein teilt mit, dass die Stadtverwaltung Bergisch Gladbachs im Februar 2023, entsprechend der Dringlichkeitsentscheidung und dem anschließenden Beschluss dazu im Rat im März 2023 (Drucksachennr. 0124/2023), einen Antrag auf Förderung der Erstellung des kommunalen Wärmeplans über die Kommunalrichtlinie des Bundes gestellt habe.

Der Förderbescheid zur Erstellung der Wärmeplanung sei der Stadt am 28.06.2023 zugegangen (90% Förderung).

Ziel sei, alsbald möglich mit der Erarbeitung des Wärmeplans zu starten. Eine Ausschreibung dazu sei vorbereitet, so dass ein Projektstart, sofern ein geeigneter Anbieter gefunden werde, im November 2023 erfolgen könne.

Damit solle für Bergisch Gladbach der strategische Rahmen für eine treibhausgasneutrale Wärmeversorgung bis 2045 geschaffen werden, der Orientierung für lokale Investitionsentscheidungen gebe.

Parallel bereiten Bund und Land eine Gesetzgebung zur Kommunalen Wärmeplanung vor. Sobald eine Verpflichtung der Kommunen durch das Land Nordrhein-Westfalen greife, sei eine Förderung nicht mehr möglich.

Welche finanzielle Kompensation seitens des Landes dann an die Kommunen erfolgt, sei bislang nicht bekannt.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung des Bürgermeisters zur Kenntnis.

5. Klimaschutzkonzept mit Handlungsfeld Klimaanpassung **0319/2023**

Herr Dr. Nuding führt an, dass er den Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft erläutern wolle. Klimaschutz sei eine der wichtigsten Aufgaben für die Gesellschaft und er wünsche sich definitiv mehr dahingehend. Allerdings sollte man die Maßnahmen des Beschlusses trotzdem hinterfragen dürfen und man müsse auch die Haushaltssituation im Auge behalten. Es gebe auch Maßnahmen, welche seine Fraktion unterstütze, dazu gehöre der Ausbau von Photovoltaik. Für weniger sinnvoll halte er beispielsweise, dass das Mobilitätskonzept in den nächsten beiden Jahren für 140.000 € überarbeitet werden solle. Man benötige keine Konzepte, sondern Ergebnisse. Einer der ersten Anträge der Freien Wählergemeinschaft sei die Entwicklung der Nord-Süd-Fahrradroute gewesen, was eine wirkliche effektive Maßnahme gewesen sei, aber leider seien diese Pläne unbearbeitet. Da seine Fraktion dem Konzept in der Gesamtheit nicht zustimmen könne, habe er beantragt, dass man über die Maßnahmen einzeln abstimmen werde und den Beschluss auf Oktober vertage um noch genug Zeitraum für einen Austausch zwischen den Fraktionen zu haben. Ein weiterer Kritikpunkt an dem Konzept sei, dass man konsequenter handeln könnte als vorgesehen. Beispielsweise könnte man Stellplätze auf dem Zanders-Gelände einsparen und diese als Grünflächen nutzen. Außerdem könne man Grundflächen aus dem Flächennutzungsplan nehmen und diese nicht bebauen. Dadurch könnte man eine geringere Verkehrsbelastung im Außenbereich schaffen und die Hauptverkehrsachsen entlasten. Damit würde sich auch die CO₂-Bilanz verbessern.

Herr Waldschmidt betont, dass dieses Klimaschutzkonzept ein Minimalkonzept sei, welches man noch ergänzen könnte. Allerdings sollte man dieses zügig beschließen, da man bereits weit hinter anderen Kommunen im Bereich Klimaschutz liege. Das Klimaschutzkonzept sei mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert worden, es habe Workshops sowie interfraktionelle Arbeitskreise hierzu gegeben. Außerdem habe dieses schon Ende Mai vorgelegen und man habe genug Zeit gehabt sich damit zu beschäftigen. Wenn er sich die Pressemitteilungen der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und der Fraktion Freie Wählergemeinschaft ansehe, dann müsse er feststellen, dass diese Fraktionen sich gegen die Grundausrichtung dieses Konzeptes wenden würden. Klimaschutz gebe es nicht für umsonst und man müsse die Bürgerschaft als Verwaltung zum Klimaschutz motivieren. Man müsse beispielsweise Informationen über Photovoltaikanlagen, Schutz der Gebäude für Überflutungen oder auch Gebäudebegrünung geben.

Herr Dr. Metten erläutert, dass die CDU-Fraktion das Klimaschutzkonzept in Teilen mittrage. Es gebe ein paar methodische Themen, welche man noch diskutieren könne. Allerdings habe die CDU-Fraktion Schwierigkeiten damit einigen Maßnahmen zuzustimmen. Es stehe fest, dass die

Verwaltung Verantwortung für viele Liegenschaften übernehmen müsse. In der Thematik sei man noch nicht weit vorangeschritten. Außerdem sollte man Redundanzen im Klimaschutzkonzept vermeiden. Man könne zwar nur auf die Daten des Jahres 2020 zugreifen, aber es sei in den letzten beiden Jahren seitdem trotzdem viel passiert, was für den Klimaschutz relevant sei. Viele Menschen hätten sich dazu entschieden Photovoltaikanlagen zu installieren oder hätten sich Gedanken zu ihrem Mobilitätsverhalten gemacht. Man müsse darauf vertrauen, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt auch weiterhin Verantwortung übernehmen würden. Dies bedeute aber nicht, dass man nun als Stadtverwaltung nochmal alles erläutern müsse, was bereits die Bundes- und Landesregierung erklärt hätten. Dazu komme, dass man die Finanzierbarkeit des Konzeptes nicht vergessen dürfe. Es sei logisch, dass Klimaschutz viel kosten werde, aber man sollte nichts beschließen, was man in der mittelfristigen Finanzplanung nicht umsetzen könne. Deshalb könne er 19 hierfür vorgesehen Stellen und einer unbenannten Summe an Sachkosten nicht zustimmen. Außerdem sei er der Auffassung, dass die Klimaanpassungsmaßnahmen noch sehr unterausgebildet seien. Beispielsweise Punkt 1.7 „Abfalltrennung“ des Maßnahmenkatalogs sei überflüssig, da dies jeder Bürger wohl vornehme. Die Maßnahme „Umstellung auf fleischarme oder fleischlose Lebensmittelangebote in Schulen“ halte er für eine Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger. Auch die unter Punkt 1.8 genannte Maßnahme „Reduzierung der Fahrten mit dem PKW“ sei schwierig, da produzierte PKWs die nicht genutzt würden nicht nachhaltig seien. Zum Thema Mobilitätsmarketing sei er der Auffassung, dass mittlerweile jeder Bürger wisse, welches Fortbewegungsmittel am sinnvollsten für ihn sei.

Frau Wasmuth führt an, dass sie die von Herrn Dr. Nuding und Herrn Dr. Metten angesprochenen Punkte teile. Sie betont, dass sich die FDP-Fraktion nicht gegen die Grundsätze des Klimaschutzes stelle. Es sei logisch, dass Klimaschutz eine wichtige Aufgabe für die Gesellschaft sei und viel koste. Allerdings müsse man eine Balance zwischen den Kosten und der Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes schaffen. Man sollte die Maßnahmen in dem Konzept mit Handlungsspielraum formulieren. Bei dem Thema Sanierung müsse man darauf achten, dass man sich die genannten Standards auch wirklich leisten könne und diese rentierlich seien. Natürlich sollte man die Gesellschaft zum Klimaschutz motivieren, aber nicht umerziehen und Schülern vegetarisches Essen aufzwingen. Zum Thema Personal sei sie der Auffassung, dass man in Zeiten des Fachkräftemangels auf einen ressourcenschonenden Umgang mit Personal achten müsse. Es sei wichtig etwas zu tun, womit man die Bürger wirklich motivieren könne.

Frau Meinhardt betont, dass sich im schwarz-grünen Koalitionsvertrag der Landesregierung auf viele Themen geeinigt worden sei, welche Herr Dr. Metten nun nochmal aufmache. Sie betont, dass das Thema Klimaanpassung Daseinsvorsorge bedeute und logischerweise auch etwas koste. Für sie seien alle der dargestellten Maßnahmen absolut rentierlich. Einige der von der Fraktion Freie Wählergemeinschaft genannten Maßnahmen könne man gerne noch mit aufnehmen. Vor allem gehe es aber darum, Dinge zu verändern, welche im Moment nicht richtig laufen würden. Über Themen wie fleischlose oder fleischarme Ernährung an Schulen könne man sich auf eine Streichung einigen. Zum Thema Redundanzen sei sie der Auffassung, dass es gar nicht so viele geben würde. Der Rheinisch-Bergische-Kreis sei zwar für PV-Anlagen zuständig, aber eine Beratung finde vonseiten des Kreises hierzu nicht statt. Die Gesellschaft zu motivieren benötige Kapazitäten. Bezüglich der Sanierungsstandards sei sie der Auffassung, dass sich hohe Standards immer rentieren würden, wenn man auf den Lebenskostenzyklus achte. Zum Thema Mobilität müsse man Angebote für die Gesellschaft machen, dass diese freiwillig lieber mit dem Fahrrad in die Stadt fahren würden. Bezüglich der 19 Stellen betont sie, dass es nicht um 19 zusätzliche Stellen gehe, sondern bloß um sechs. Die anderen Stellen gebe es schon und seien dort bloß nochmal aufgeführt.

Frau Meinhardt stellt den Antrag, dass lediglich Band I des Klimaschutzkonzeptes in der Sitzung beschlossen werden solle.

Herr Stein stellt fest, dass der Vertagungsantrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft im Vergleich weitergehend sei und deshalb zuerst zu Abstimmung gestellt werde.

Herr Kochan betont ebenfalls, dass es um sechs zusätzliche Stellen und nicht um 19 zusätzliche Stellen gehe. Bezüglich der Beratungsangebote für Bürger wurde in Workshops mit Bürgern suggeriert, dass diese definitiv gewünscht seien. Diese Beratungsangebote seien von höchster Relevanz, da die Stadtverwaltung alleine nur 2% der Emissionen ausmache und die Bürgerschaft einen

viel größeren Anteil. Er könne zudem aus dem Klimaschutzkonzept keine Doppelstrukturen erkennen. Kommunen seien im Übrigen die unterste staatliche Ebene und mit der Allzuständigkeit aller örtlicher Aufgaben für den Klimaschutz verantwortlich. Er plädiert dafür, dass man in dieses Thema so einsteige, dass man die Gesellschaft motiviere und überzeuge. Man könne das Klimaschutzkonzept gerne weiter verschärfen, aber die Beratungsangebote keineswegs rausstreichen.

Herr Schöpf fragt an, wie der Kosten-Nutzen-Effekt des Klimaschutzkonzeptes aussehe und ob man mit den geplanten Investitionen die 1,5 Grad Erderwärmung in den Griff bekommen würde. Er bezweifelt, dass dieses Konzept einen großen Einfluss auf die Erderwärmung habe. Außerdem kritisiert er, dass die Stadt Bergisch Gladbach doppelt so viele Klimaschutzmanager wie der Rheinisch-Bergische-Kreis habe. Zudem sei das Konzept auch extern erstellt worden, weshalb er sich noch mehr über zwei Vollzeitstellen für das Klimaschutzmanagement wundern würde. Er plädiert für eine einzelne Abstimmung der Maßnahmen, da er nicht alle Maßnahmen für sinnvoll erachte.

Frau Leveling betont, dass es kein optimales Klimaschutzkonzept geben könne, weil man dazu einige Jahre zu spät sei. Sie betont, dass das menschliche Gehirn auf kurzfristiges Überleben gepolt sei und uns glauben lassen wolle, dass alles so bleibe wie es sei. Dies sei in dieser Thematik allerdings zum Scheitern verurteilt. Sie plädiert dafür, dass man an einem Strang ziehen solle und man kurzfristige finanzielle Einschränkungen hierfür in Kauf nehmen solle. Man müsse nun sehr schnell aber zeitgleich auch langfristig denken und sollte das Konzept nicht auf den nächsten Sitzungsturnus vertagen. Man müsse im Kleinen anfangen zu handeln und es sei immer besser etwas zu tun als gar nichts zu tun.

Herr Dr. Nuding betont, dass die Freie Wählergemeinschaft definitiv nicht weniger Klimaschutz wollen würde. Über den Personalbedarf könne man aus seiner Sicht heute noch nicht urteilen, da man noch gar nicht sagen könne, wie viele Stellen man für die entsprechenden Aufgaben wirklich brauchen werde. Er könne heute keinen Maßnahmen zustimmen, bei welchen man nicht einschätzen könne, was diese wirklich kosten würden. Man dürfe nicht vergessen, dass all diese Maßnahmen mit hohen Kosten verbunden seien, welche die Stadt möglicherweise nicht tragen könne.

Frau Wasmuth plädiert dafür, dass man das Klimaschutzkonzept im gesamten beschließen sollte und nicht wie von Frau Meinhardt vorgeschlagen in Teilen. Sie sei dafür, dass man den Beschluss in den nächsten Sitzungsturnus vertage. Sie erhoffe sich, dass sich bis dorthin alle einigen könnten und man das Konzept komplett beschließen könne.

Herr Dr. Metten äußert, dass man das Klimaschutzkonzept gemeinsam beschließen solle. Er plädiert gegen eine verhärtete Diskussion und für eine gemeinsame Zusammenarbeit. Die CDU stelle das 1,5 Grad Ziel nicht in Frage und könne Band 1 des Konzeptes auch so zustimmen. Bloß über die Maßnahmen sei man sich noch nicht einig geworden. Zum Thema Stellen führt er an, dass in der Vorlage der Personalaufwand auf der letzten Seite, oberste Zeile: im Jahr 2027 19 Stellen, im Jahr 2023 mit 15 Stellen, dargestellt sei. Er sei der Auffassung, dass man diese Stellen nicht durch reine Verschiebungen besetzen könne. Außerdem könne man aus heutiger Sicht den genauen Bedarf noch gar nicht einschätzen. Er beantragt ebenfalls, dass die Vorlage in den nächsten Sitzungsturnus vertage werde. Er sei der Auffassung, dass acht Wochen in dieser Thematik keinen Unterschied machen würden. Es sei viel wichtiger, dass man sich mit dem Konzept einig sei. Man sollte in einem interfraktionellen Arbeitskreis Gespräche führen und am Ende Kompromisse finden. Die Finanzierbarkeit der Maßnahmen dürfe definitiv nicht außer Acht gelassen werden.

Herr Dr. Symanzik betont, dass Bildungsangebote und die Öffentlichkeitsarbeit in dieser Thematik von hoher Relevanz seien. Er erläutert, dass Erwachsenenbildung eine große Aufgabe sei, welche aus Wissen und Handeln bestünde. Es müssten nun naturwissenschaftliche Kenntnisse und gesellschaftliche Zusammenhänge erklärt werden. Er sei der Auffassung, dass sich bereits viele auf den Weg gemacht hätten, aber nicht alle Zusammenhänge verstehen würden. Man brauche nun ein großes Engagement an Bildung und Anknüpfungspunkte unterschiedlichster Qualität. Man könne sich auf einen Wandel nur einstellen, wenn man diesen verstehe. Bei der Debatte um die Ernährung an Schulen sei er der Auffassung, dass man den Schulen als Eltern Hilfe bei der Entscheidung geben sollte.

Herr Migenda betont, dass die Thematik Klimaschutz schon sehr lange bekannt sei. Trotzdem sei es bisher nicht gelungen, dass man sich dem Klimaschutz ausreichend gewidmet habe. Es gebe bereits aktuell einige Klimakatastrophen bei einer Klimaerwärmung von 1,25 Grad. Stand jetzt werde man das 1,5 Grad Ziel nicht einhalten können. Er würde es sehr begrüßen, wenn man für das Klimaschutzkonzept eine breite Mehrheit in der Politik finden würde. Er berichtet, dass Herr Stein und er auf einer Veranstaltung der Rhein-Energie gewesen seien und das Fazit sei gewesen, dass man sich nicht erlauben könne nichts zu tun. Das Klimaschutzkonzept trage übrigens den Namen integriertes Klimaschutzkonzept, weil es die gesamte Stadtgesellschaft umfasse. Kommunikation sei an dieser Stelle ein entscheidender Punkt und dass Klimaschutz Geld koste sei nicht verwunderlich. Bergisch Gladbach mache sich nun auf den Weg zum Klimaschutz und man müsse betonen, dass man im Vergleich zu anderen Städten leider sehr schlecht dastehe. Beim Thema Photovoltaik sei man beispielsweise weit unter dem Landes- und auch Bundesdurchschnitt. Man habe ein enormes Aufholpotential. Zum Thema Rheinisch-Bergischer-Kreis erläutert er, dass man mit diesem nicht komplett synchron gehen könne, da somit einiges nicht möglich wäre. Abschließend führt er an, dass eine breite Mehrheit für das Klimaschutzkonzept ein sehr starkes Signal sei.

Frau Meinhardt betont, dass man sich bereits viel Zeit für das Klimaschutzkonzept genommen habe. Man sei bereits aktuell auf dem Standpunkt, dass man sich mit einer breiten Mehrheit auf den Weg machen wolle. Sie halte an ihrem Antrag fest, dass man Band 1 in der heutigen Sitzung beschließe. Bezüglich der Stellen fragt sie an, ob diese vonseiten der Verwaltung nochmal genauer erläutert werden könnten.

Frau Behrendt führt an, dass das Klimaschutzkonzept ein Querschnitt durch die gesamte Verwaltung sei. Viele Stellen des Klimaschutzkonzeptes stünden bereits im Stellenplan. Beispielsweise die 8,5 Stellen bei der Mobilität. Diese habe man mitaufgeführt, um transparent zu sein. Die sechs neuen Stellen seien folgende: eine Stelle zum Energiemanagement, wozu es im Übrigen eine Förderung gebe. Außerdem werde Unterstützung beim Sanierungsfahrplan sowie der Ladeinfrastruktur benötigt. Außerdem solle es zwei Stellen für die Grün-Blau Infrastruktur geben und eine Stelle für die kommunale Wärmeplanung, welche im Übrigen zu 90% gefördert werde.

Herr Stein betont, dass im Übrigen alle Stellen auch nochmal in den Haushalts- und Stellenplanberatungen zur Diskussion stehen werden.

Herr Waldschmidt führt an, dass das Klimaschutzkonzept im Übrigen von zwei hochqualifizierten Klimaschutzmanagerinnen sowie der Firma Gertec GmbH erstellt worden und mit einem hohen Arbeitsaufwand verbunden sei. Die harte Meinung der SPD-Fraktion liege unter anderem an den Mitteilungen in der Presse vonseiten der CDU-Fraktion. Die meisten Maßnahmen würden etwas kosten und den Haushalt belasten. Er erhoffe sich ebenfalls eine breite Mehrheit und sei deshalb nicht gegen eine Vertagung in den nächsten Sitzungsturnus.

Herr Wagner führt an, dass sich alle der Relevanz des Thema Klimaschutzes bewusst seien. Die Änderungen des Klimas seien Herausforderungen, welchen sich gestellt werden müsste. Allerdings sollte man sich bei den Maßnahmen auch fragen, ob diese zum Erfolg führen würden. Die Maßnahmen seien für den Haushalt sehr belastend und man habe keine unbegrenzten finanziellen Mittel. Man sollte sich definitiv für Maßnahmen entscheiden, welche eine entsprechende Erfolgsquote hätten. Das Umerziehen der Gesellschaft halte er allerdings für sehr schwierig. Man sollte sich eher hinterfragen, warum man es nicht geschafft habe, dass noch mehr Bürger mit dem Fahrrad oder ÖPNV fahren. Deshalb sei es wichtig, die Gesellschaft beim Klimaschutz zu integrieren.

Herr Stein wirft ein, dass der Haushaltsentwurf noch nicht feststehe und dies alles nur prognostische Aussagen seien.

Herr Migenda erläutert, dass man anhand des European Energy Awards die Effektivität der Maßnahmen einsehen könne.

Frau Wasmuth stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte (§16 GeschO).

Herr Stein stellt fest, dass vor einer Abstimmung über diesen Antrag alle Fraktionen Gelegenheit gehabt haben müssten, zur Sache zu sprechen. Es besteht Einigkeit darüber, dass noch jeder sprechen darf, der auf der Rednerliste stehe.

Herr Dr. Nuding führt an, dass die Freie Wählergemeinschaft drei Anträge gestellt habe. Wenn der erste Antrag auf Vertagung angenommen werde, würde er den zweiten und dritten Antrag zurückziehen. Er sei der Auffassung, dass man nicht zwangsläufig einen offiziellen Arbeitskreis zur Verständigung benötigen würde.

Herr Dr. Bacmeister führt an, dass alles was man nicht heute investiere in der Zukunft viel teurer werde. Es treffe ihn sehr, dass die Temperaturprognosen aus 1970 leider genauso heute zutreffen würden und man nur minimal gegen gesteuert habe. Er plädiere für den Änderungsantrag, dass Band 1 des Klimaschutzkonzeptes heute beschlossen werde und Band 2 vertagt werde.

Herr Schütz äußert, dass er den Antrag auf Vertagung unterstütze und auf eine breite Mehrheit in nächsten Sitzungsturnus hoffe.

Herr Stein stellt zunächst den Antrag der Freien Wählergemeinschaft und den in der Sitzung inhaltsgleichen der CDU gestellten Antrag, dass die Abstimmung über das Integriertes Klimaschutzkonzept mit Handlungsfeld Klimaanpassung für die Stadt Bergisch Gladbach auf die Ratssitzung am 31.10.23 vertagt werde, zur Abstimmung.

Für den Antrag der Freien Wählergemeinschaft stimmt die CDU, die Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die FDP, die AfD, die Freie Wählergemeinschaft und die Bergische Mitte. Gegen den Antrag stimmt ein Ausschussmitglied aus den Reihen der SPD. Ein Ausschussmitglied aus den Reihen der Bündnis 90/DIE GRÜNEN enthält sich der Stimme. Damit ist der Antrag mehrheitlich **angenommen**.

6. Sachstand zur Erarbeitung des Hitzeaktionsplanes für Bergisch Gladbach *0371/2023*

Herr Schöpf fragt an, wie viele Hitzetote es in den letzten Jahren in Bergisch Gladbach gegeben habe.

Herr Stein antwortet, dass man dies pathologisch nicht beziffern könnte.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. Mitgliedschaften der Stadt Bergisch Gladbach: Begründung von Mitgliedschaften der Stadt Bergisch Gladbach in der Bundes- und in der Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros *0342/2023*

Frau Wasmuth beantragt, dass zunächst nur der Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros beigetreten werde. Dies würde Kosten einsparen und eventuell habe man schon einen ausreichenden Mehrwert mit dem Beitritt in die Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros.

Herr Stein stellt im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Hauptausschusses zunächst den Beschlussvorschlag der Vorlage zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich gegen die CDU, FDP und Freie Wählergemeinschaft folgenden **Beschluss**:

Die Stadt Bergisch Gladbach begründet eine Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros und in der Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros.

8. Anträge der Fraktionen

8.1. Antrag der AfD-Fraktion vom 22.06.2023 (eingegangen am 27.06.2023): "Keine Nutzung von Insekten als Nahrungsmittel an Schulen, Kitas und Städtischen Einrichtungen"

0374/2023

Herr Schöpf erläutert, dass sich Allergien bei Kindern entwickeln können, wenn Insekten verspeist würden. Dies sollte verhindert werden.

Für den Antrag der AfD-Fraktion stimmt die AfD. Gegen den Antrag der AfD-Fraktion stimmen der Bürgermeister, die CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die FDP, die Freie Wählergemeinschaft und die Bergische Mitte. Damit ist der Antrag der AfD-Fraktion mehrheitlich **abgelehnt**.

9. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es liegen keine Anfragen der Ausschussmitglieder im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

gez.
Frank Stein
Bürgermeister

gez.
Corinna Boeser
stellvertretende Schriftführung